



Annette Groth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Menschenrechtspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE

Annette Groth, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

**Unter den Linden 50
Raum 3.025**

Telefon 030 227 – 77207

Fax 030 227 – 76207

E-Mail: annette.groth@bundestag.de

Berlin, 15.08.2014

**Grußwort der menschenrechtspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Annette Groth,
an die Palästina-Demo in Stuttgart am 16.8.2014**

Liebe Freundinnen und Freunde,

eine Waffenruhe bedeutet nicht, dass der Krieg zu Ende wäre und schon gar nicht, dass die Besatzung in den palästinensischen Gebieten in Vergessenheit geraten darf. Die Demütigungen, die Tötungen, die Verhaftungen, die Zerstörung von Häusern und die Landnahme gehen weiter und wir müssen laut und deutlich sagen, dass wir weiter hinsehen und dagegen protestieren werden!

Fast 2 000 Palästinenserinnen und Palästinenser sind in den letzten Wochen im Gazastreifen getötet worden, etwa 10 000 wurden verletzt. Nach Angaben der Vereinten Nationen waren acht von zehn der Getöteten Zivilisten. Auf israelischer Seite sind nach offiziellen Angaben 64 Soldatinnen und Soldaten und drei Zivilisten ums Leben gekommen. Und unsere Regierung verbreitet immer noch die offizielle israelische Version, man habe sich eben verteidigen müssen. Kaum ein kritisches Wort zur Unverhältnismäßigkeit der israelischen Kriegsführung oder zum Tod zahlreicher Kinder. Kein Wort dazu, dass die Blockade des Gazastreifens fast 2 Millionen Menschen schon seit Jahren ins Elend stürzt und endlich aufgehoben werden muss, so wie es der Bundestag bereits 2010 einstimmig beschlossen hat.

Es mehren sich die Anzeichen, dass die israelische Armee im Gazastreifen erneut DIME-Munition (Dense Inert Metal Explosive) eingesetzt hat. Diese Waffen enthalten eine Mischung aus Sprengstoff, Kobalt, Nickel, Eisen und Wolfram und verursachen schwerste Verletzungen. Es gibt Berichte über Fälle aus Gaza, bei denen ganze Körper in zwei Hälften zerschnitten wurden. Die anderen Grausamkeiten möchte ich Euch lieber ersparen. Wie kann die internationale



Annette Groth
Mitglied des Deutschen Bundestages
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE

Seite 2 von 3 Seiten des Schreibens vom 15.08.2014

Gemeinschaft hier einfach wegsehen, anstatt laut ihre Stimme zu erheben und deutlich zu sagen, dass ein solches Vorgehen absolut nicht akzeptabel ist und das, was als Selbstverteidigung gelten kann, bei Weitem übersteigt?

Stattdessen wurde erst im Juni ein weiteres deutsches U-Boot an Israel übergeben. Es ist das bislang größte, das in Deutschland gebaut wurde und für das die Bundesregierung gut ein Drittel der Baukosten übernimmt – genau wie auch für zwei weitere U-Boote, die 2015 und 2017 an Israel ausgeliefert werden sollen. Es wird davon ausgegangen, dass die U-Boote auch mit nuklear bestückten Marschflugkörpern ausgestattet werden können. Ich fände es unerträglich, wenn sich herausstellen würde, dass Palästinenserinnen und Palästinenser von deutschen U-Booten aus beschossen worden sind.

Zynischer Weise wurde noch während des Gaza-Krieges mitgeteilt, dass Bundeswehrsoldaten nach Israel geschickt werden sollen, um dort ausgerechnet im Häuser- und Tunnelkampf ausgebildet zu werden! Moshe Feiglin, einer der stellvertretenden Knesset-Sprecher und Abgeordneter des Likud von Benjamin Netanjahu, sagte jüngst, ein Haar auf dem Haupt eines israelischen Soldaten sei kostbarer als die gesamte Bevölkerung von Gaza. Er ist mit solchen Äußerungen keinesfalls der einzige israelische Politiker und auch aus der israelischen Armee wurden solche Töne bereits vernommen. Und dort soll die Bundeswehr trainiert werden? Es würde uns weit besser zu Gesichte stehen, uns mit kritischen israelischen Journalistinnen und Journalisten oder mit den Friedensdemonstranten in Tel Aviv zu solidarisieren. Sie werden immer wieder angegriffen, Gideon Levy traut sich nur noch mit Bodyguards auf die Straße...

Dagegen hat sogar die britische Regierung angekündigt, ihre Waffenlieferungen nach Israel zu stoppen, sollte die Gewalt im Gazastreifen erneut ausbrechen. Der Grund: Man befürchte, Israel könnte mithilfe dieser Waffen das Völkerrecht brechen. Daran könnte sich die Bundesregierung ein Beispiel nehmen!

Viele Menschen im Gazastreifen fragen sich, wozu sie ihre Häuser überhaupt aufbauen sollten, selbst wenn die dafür notwendigen Materialien vorhanden wären. Ohnehin, so hört man immer wieder, gebe es ja spätestens in zwei Jahren den nächsten Gaza-Krieg und dann sei sowieso alles wieder kaputt. Im aktuellen Gaza-Krieg hat die israelische Armee mehrere Brunnen und Wasserleitungen zerstört. Über 100 000 Menschen sind davon betroffen. Im Gazastreifen, in dem ohnehin 95% des Grundwassers unbrauchbar und mehr als 80% des Trinkwassers verkeimt sind, stellt dies eine Katastrophe dar. Seuchen breiten sich aus und stellen eine massive Gefahr insbesondere für Kinder dar. Sollte sich herausstellen, dass – wie die palästinensische Menschenrechtsorganisation al-Haq vor kurzem erklärt hat – die Wasserversorgung sowie das Abwassersystem im Gazastreifen absichtlich beschädigt und teilweise zerstört wurde, wäre dies ein Kriegsverbrechen!



Annette Groth
Mitglied des Deutschen Bundestages
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE

Seite 3 von 3 Seiten des Schreibens vom 15.08.2014

Warum werden angesichts der schrecklichen Lage im Gazastreifen von der Bundesregierung keine Hilfsflüge dorthin geschickt, so wie es jetzt richtigerweise im Irak geschieht? Ich habe vor mehr als zehn Tagen einen Brief an unsere Bundeskanzlerin und unseren Außenminister geschrieben. Darin habe ich vorgeschlagen, dass die Bundesregierung als Geste der Menschlichkeit Verletzte aus dem Gazastreifen, insbesondere Kinder, nach Deutschland bringt und medizinisch versorgt. Im Gazastreifen müssen Menschen sterben, weil kein Strom vorhanden ist, um sie zu operieren oder weil Medikamente und medizinisches Gerät fehlen. Es ist beschämend, dass sich die Bundesregierung hier nicht in der Pflicht sieht, den Menschen zu helfen. Zumindest habe ich bis heute keine Antwort auf meinen Brief erhalten!

Ich fordere, dass ein sofortiger Stopp für jegliche Waffenexporte in den gesamten Nahen Osten verhängt wird – was auch Israel einschließt. Die Bundesregierung würde sich damit nur an ohnehin geltende Bestimmungen halten, die sie bisher permanent missachtet hat. Auch kann es nicht sein, dass weiterhin israelische Rüstungsfirmen vom EU-Forschungsprogramm profitieren. Es kann doch nicht angehen, dass wir auch noch dafür bezahlen, dass Waffen entwickelt werden, mit denen dann Zivilisten getötet und internationales Recht gebrochen werden – nicht in Palästina und auch nicht anderswo!

Genauso muss das EU-Israel-Assoziierungsabkommen ausgesetzt werden, denn der darin enthaltene Artikel 2 macht die Achtung der Menschenrechte zur Vorbedingung. Solange sich die israelische Regierung nicht daran hält, kann das Abkommen auch keinen Bestand haben!

Solidarische Grüße

Annette Groth